

Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände 2017

Bericht des Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände Herrn Dr. Günter von Au

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,
verehrte Gäste,

wir haben heute einen Gastredner, der einige der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen für Bayern getroffen hat, der meines Wissens einer der wenigen Politiker und der einzige aus einer Unionspartei ist, der die Hans Böckler-Medaille bekam - die höchste Auszeichnung seitens der Gewerkschaften. Einer, der für das Soziale und für Marktwirtschaft steht, vor allem aber einer, der für die Soziale Marktwirtschaft steht.

Bevor ich aber das Wort an den ehemaligen Bayerischen Wirtschaftsminister Herrn Dr. Otto Wiesheu übergebe, möchte ich selbst ein paar Worte an Sie richten:

Meine Damen und Herren,

Was ist es, das die Welt um uns herum derzeit so ungut erscheinen lässt?

Wir sehen Populisten und Nationalisten an allen Ecken und Enden, auch in Deutschland. In Frankreich haben 11 Millionen Menschen

rechtsradikal gewählt. In Holland hätte fast Herr Jan Wilders die Macht bekommen. Wir sehen Protektionisten, eine Form von Nationalisten, die eigentlich aus der Mode sind. Präsident Trump meint es ernst mit seiner Wirtschaftspolitik der Abschottung und bilateralen Handelsabkommen. Wir haben zudem das Scheitern von TTIP erlebt. Wir erleben vermutlich den Austritt Großbritanniens aus der EU.

All diesen Entwicklungen ist eines gemein: Sie sind in gewisser Weise eine Rückbesinnung

- auf das Überschaubare,
 - auf das eigene Land,
 - vielleicht auf Heimat;
-
- ein Versuch mehr Kontrolle über die Entwicklungen im direkten Umfeld zu bekommen;
 - der vermutlich untaugliche Versuch, im weltweiten Wettbewerb um Wohlstand das eigene Land nach vorne zu rücken und der gefühlten Ungerechtigkeit der globalen Märkte zu entkommen.

Man kann also all diese Entwicklungen und die zugrundeliegenden Gefühle der Menschen auch als eine Gegenreaktion zur Globalisierung verstehen.

Überlagert wird die Situation natürlich von allem, was der schreckliche IS-Terror und die Zustände in den Krisenregionen verursachen: Völkerwanderungen, Flüchtlinge.

Und wieder bei manchen Menschen die damit verbundene Angst von Heimat- und Kontrollverlust, die die genannte Gegenreaktion verstärkt.

Paradoxerweise läuft die heimische Wirtschaft insgesamt aber so gut wie schon lange nicht mehr. Bund, Länder und Kommunen freuen sich über Rekordsteuereinnahmen, die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie schon lange nicht mehr. Und es ist davon auszugehen, dass der Wohlstand in Deutschland derzeit steigt. Es sieht nicht danach aus, als würde sich eine Schere auftun zwischen Arm und Reich, sondern mehr Menschen sind in Arbeit, die meisten verdienen mehr und auch die realen Renten steigen.

Paradoxerweise?

Nein, meine Damen und Herren,

es ist nicht paradox. Man kann sicher davon ausgehen, dass ein Großteil des Wirtschaftswachstums auch und gerade hier in Deutschland sehr eng mit der Globalisierung in Verbindung steht.

Insbesondere Deutschland profitiert sehr vom EU-Binnenmarkt und von den vielfältigen Handelsmöglichkeiten weltweit.

Nicht nur wir – aber auch wir – sind Globalisierungsgewinner.

Wir sind auch Profiteure der enormen politischen Stabilität in Europa.

Seit über 70 Jahren gibt es keine gewaltsamen oder kriegerischen Auseinandersetzungen in Kern-Europa!

("Kern-Europa", denn es gab die Jugoslawienkriege 1991-1995/99 am Rand Europas)

Und der Hauptgrund für diese Stabilität ist ein weitgehend geeintes

Europa. Ein Europa, das mehr ist als eine europäische

Wirtschaftsgemeinschaft; ein Europa, das auch eine *Wertegemeinschaft* ist.

Meine Damen und Herren,

sowohl die weltweit verbesserten Handelsmöglichkeiten, die immer effizienter organisierten, weltweiten Wertschöpfungsketten und die Skaleneffekte, die sich daraus ergeben, sind ein Segen für die wirtschaftliche Entwicklung und bedeuten eine Verbesserung der Bedingungen für unsere Mitgliedsfirmen.

Auch Europa als großes Friedensprojekt ist gut für die Unternehmen und gut für die Menschen. Ich habe immer wieder betont, wie wichtig die industrielle Basis und ihr wirtschaftlicher Erfolg für den Wohlstand sind.

Wir müssen also sowohl Europa als auch die Globalisierung besser erklären; in den Köpfen und Herzen der Menschen positiver belegen.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr erfreulich, dass Emmanuel Macron im Spiegel anlässlich des Todes von Helmut Kohl schreibt: "Wir schulden es Helmut Kohl, Europa wieder zu einem Versprechen zu machen" und das Ideal des geeinten Europas in höchsten Tönen lobt.

Es ist erfreulich, dass sich in Österreich, in den Niederlanden und jetzt auch in Frankreich die Zeichen wieder in Richtung Gemeinsamkeiten drehen. Vielleicht gibt es sogar noch eine Chance, die Briten in der Union zu halten.

Es wäre übrigens auch gut gewesen, TTIP zu nutzen, um unsere Vorstellungen von Freihandel in einem der wichtigsten Wirtschaftsräume aktiv zu gestalten.

Natürlich müssen wir auch die Sorgen, die mit der Globalisierung entstehen, ernst nehmen und auch die berechtigte Europakritik positiv aufnehmen, um Europa und unsere Handelspolitik besser zu machen.

In diesen Minuten findet in Hamburg der G20 Gipfel statt – vielleicht kann auch er hierzu beitragen.

Meine Damen und Herren, ich erwähne das, weil es für unsere Unternehmen um Stabilität und um gute Rahmenbedingungen geht. Sowohl die Handelsmöglichkeiten als auch die politische Stabilität in Europa sind für unsere Unternehmen ein wichtiger Anker und Voraussetzung für Investitionen.

Und umgekehrt sind die Unternehmen diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten und so für den privaten Wohlstand jedes Einzelnen sorgen. Viele Menschen nehmen den Wohlstand als eine Leistung des Staates wahr, aber in Wahrheit wird er von den Unternehmen geschaffen, der Staat verteilt nur um. Wir sind ein Industrieland!

Es muss klar werden, dass es einen Zusammenhang zwischen der Wettbewerbsfähigkeit der (europäischen) Volkswirtschaft und der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes gibt!

Wenn uns gelingt, diese Zusammenhänge wieder in der Gesellschaft zu verankern, dann haben wir auch eine gute Chance, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern:

Ich möchte aber nicht schließen, ohne konkret zu werden.

Rahmenbedingungen zu verbessern heißt:

- Handelsmöglichkeiten durch Freihandelsabkommen zu schaffen und zu verbessern

- unnötige Belastungen der Unternehmen durch viel zu viel Bürokratie abzubauen – das gilt insbesondere für den Umweltbereich, aber auch in der Sozialpolitik hat es sich nicht gerade in die richtige Richtung entwickelt
- steuernde staatliche Markteingriffe müssen möglichst beseitigt werden. – Hierfür nur zwei Beispiele für gravierende Fehlsteuerungen:
 - Das Preismoratorium zusammen mit den Zwangsrabatten für Arzneimittel muss verschwinden, es schadet der Volkswirtschaft, den Arbeitsplätzen und letztlich der qualitativ hochwertigen Versorgung im Gesundheitssystem
 - Dass ganze Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) mit seiner EEG-Umlage, muss abgeschafft werden. – Der VCI hat hierzu ein gutes Konzept vorgelegt.

Zum letzten genannten Punkt nur ein kurzer Kommentar::

Wie Sie wissen, zahlen Stromverbraucher mit ihrem Strompreis auch eine Abgabe (EEG Umlage), die zur Finanzierung der Subvention sogenannter Ökostromanlagen verwendet wird. An der Dimension der jährlichen Subventionszahlungen von über 25 Mrd. EUR erkennt man, wie massiv der Zubau dieser Anlagen war bzw. ist. Der deutsche Strompreis schießt damit durch die Decke, die Netze sind an einigen Stellen häufig massiv überlastet, was weitere Kosten verursacht (Stichwort Redispatch). Der Strommarkt ist durch die zeitweise Überflutung mit subventionierten Strom eigentlich am Ende. Und gleichzeitig KANN diese Ökostromeinspeisung gar keine CO₂-Einsparungen bewirken, keine Versorgungssicherheit bieten, und – wie man sieht – eben auch keine Kostenvorteile bringen. Alle Ziele des Gesetzes werden verfehlt.

Der VCI schlägt deshalb vor, das Gesetz abzuschaffen. Besser gesagt "auslaufen zu lassen", also zukünftige Förderung – wenn das Parlament sie überhaupt noch will – über den Bundeshaushalt zu finanzieren und nicht mehr über das EEG. Existierende Förderzusagen, die immer 20 Jahre gelten, sollen erhalten bleiben und weiter über die EEG-Umlage finanziert werden. Damit wäre die EEG-Umlage in 20 Jahren bei 0 EUR und das EEG wäre faktisch abgeschafft.

Ich darf Sie an dieser Stelle auf unseren Jahresbericht hinweisen, der – wie schon immer – nicht nur ein Tätigkeitsbericht ist, sondern auch ein umfassendes Positionspapier, in dem die von mir angesprochenen Punkte – auch das Thema EEG – erläutert und durch weitere wichtige ergänzt werden.

Meine Damen und Herren,
mit dem Stichwort "staatliche Markteingriffe" schließt sich auch der Kreis wieder. Denn es ist eine gute Überleitung zu unserem diesjährigen Festredner.

Herrn Dr. Wiesheu muss man nicht vorstellen. Ich tue es dennoch in gebotener Kürze.

Herr Dr. Otto Wiesheu, Jahrgang 1944

(verheiratet, 4 Kinder)

Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in München mit Promotion gab es zahlreiche politische Stationen. - Die bekannteste und für uns auch bedeutendste ist sicherlich seine Zeit als Bayerischer Wirtschaftsminister von 1993 bis 2005 unter dem damaligen Ministerpräsident Edmund Stoiber, in der

Herr Wiesheu wichtige und zukunftsweisende Weichenstellungen für die bayerische Wirtschaft und Industrie durchgesetzt hat.

Er ist 2006 als Vorstand zur Deutschen Bahn gewechselt.

Seit 2009 kennen wir ihn als Präsident des Wirtschaftsbeirates, der sich den engen Dialog zwischen Wirtschaft und Politik zur Aufgabe gemacht hat.

Es gibt wohl kaum einen, der so authentisch beschreiben kann und so gut vermitteln kann wie unser Wirtschaftssystem der "Sozialen Marktwirtschaft" gemeint und gewollt ist und wie es sich in unseren Staatsaufbau einfügt.

Ich bin mir sicher, dass Herr Dr. Wiesheu auch die Fehler der Politik vor diesem Hintergrund genau benennen kann! – Ob er es auch tut, weiß ich natürlich nicht.

Meine Damen und Herren,
freuen Sie sich mit mir auf den Vortrag von Herrn Dr. Wiesheu!